

Bildungs- und arbeitsmarktpolitische Impulse für Baden-Württemberg

1. Digitales Unterrichten und Lernen in der Krise evaluieren

Während der Corona-Krise wurden viele Erfahrungen mit digitalem Unterrichten und Lernen gesammelt. Diese müssen nun konsequent genutzt werden, um das Bildungssystem zu verbessern und auch jenseits von Pandemiezeiten auf den digitalen Stand der Zeit zu bringen.

Die Erfahrungen an den allgemeinbildenden Schulen, beruflichen Schulen, den Hochschulen und Weiterbildungseinrichtungen in Baden-Württemberg müssen dabei systematisch und umfassend evaluiert werden. Dafür muss die Landesregierung zeitnah eine Konzeption vorlegen und die Evaluation schnellstmöglich auf den Weg bringen.

2. DigitalPakt zügig umsetzen, Qualifizierungsoffensive starten, Digitalplattform etablieren

Der DigitalPakt des Bundes stellt den Schulen und Schulträgern finanzielle Mittel für die Digitalisierung zur Verfügung. Diese Mittel müssen nun schnell in die Fläche gebracht werden. Der Ausbau der digitalen Ausstattung muss dabei auf Grundlage valider Konzepte (Medienentwicklungsplanung Baden-Württemberg) erfolgen.

Der „digital turn“ in den Schulen gelingt aber nur, wenn auch die Lehrkräfte auf breiter Front für die Digitalisierung fit gemacht werden. Daher muss dringend eine Qualifizierungsoffensive für Lehrkräfte eingeleitet werden. Diese kann und muss mit Angeboten im Rahmen des "Bündnis für Bildung" aus der Wirtschaft kombiniert werden. Neue digitale Formate der Lehrkräftefortbildung sollten dabei mit Priorität vorangetrieben werden.

Auch der Aufbau einer einheitlichen Digitalplattform muss – bei allen Rückschlägen der Vergangenheit – nunmehr forciert und endlich zum Abschluss gebracht werden.

3. Sonderprogramm Digitalisierung Hochschule verstetigen

Wegen der Corona-Krise haben die Hochschulen das Sommersemester als ein digitales Semester angeboten. Diese einzigartige Situation muss nun genutzt werden, damit sich die Hochschulen in Baden-Württemberg noch besser und nachhaltig im Bereich digitalen Lernens und Lehrens aufstellen und damit schneller auf dem Weg hin zu einem Campus 4.0 vorankommen.

Die Digitalisierung der Hochschullehre und der Studierendenservices ist sehr ressourcenintensiv. Sie kann daher nur gelingen, wenn die IT-Infrastruktur und die IT-Ausstattung ausgebaut, ausreichend Software-Lizenzen bereitgestellt, der mediendidaktische Support entsprechend erweitert sowie digitale Beratungs- und Betreuungsangebote für Studierende aufgebaut werden.

Baden-Württemberg sollte die Hochschulen bei der Digitalisierung finanziell noch stärker unterstützen. Die nunmehr beschlossene Bereitstellung von 40 Mio. Euro durch das Land gleicht die Mehrbedarfe der Hochschulen für die Ermöglichung des Online-Studienbetriebs lediglich im Sommersemester 2020 aus. Für eine nachhaltige und erfolgreiche Digitalisierung der Hochschulen ist aber eine Verstetigung der Mittel und ein Digitalpakt mit längerer Laufzeit notwendig.

4. Berufliche Orientierung reaktivieren und modernisieren

Während des Lockdowns ist die Berufliche Orientierung auf den bisherigen analogen Kanälen über Schulkooperationen und Betriebspraktika fast vollständig zum Erliegen gekommen. Dies bringt Betriebe, die trotz der Corona-Krise händeringend nach Nachwuchs suchen, in Bedrängnis und erschwert ein Durchstarten nach der Krise.

Auch wenn sich vereinzelte digitale Berufsorientierungsformate durchaus bewährt haben, konnten diese den Ausfall nicht annähernd ausgleichen. Deshalb muss die Berufliche Orientierung neu belebt und gleichzeitig modernisiert werden.

Das Land sollte gemeinsam mit Verbänden und Kammern, der Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit und mit dem von den Arbeitgebern Baden-Württemberg getragenen Netzwerk SCHULEWIRTSCHAFT die Kräfte bündeln. Neben bewährten analogen Formaten gilt es, dringend neue digitale Wege in der Beruflichen Orientierung zu beschreiten und entsprechende Programme aufzulegen.

5. Einstiegsqualifizierungen (EQ) befristet für weitere Zielgruppen öffnen

Einstiegsqualifizierungen (EQ) stellen eine Brücke für Jugendliche in Ausbildung dar. Neben der bisherigen Zielgruppe der sogenannten „benachteiligten Jugendlichen“ wird als Folge der Krise auch die Zahl an sogenannten „Marktbenachteiligten“ zunehmen, da eine wachsende Zahl an Betrieben zumindest kurzfristig weniger Ausbildungsplätze anbieten wird, aber mittelfristig wieder an das alte Niveau anknüpfen will.

Deshalb sollte die EQ unbürokratisch für solche marktbenachteiligten Jugendlichen geöffnet und stärker mit dem ersten Ausbildungsjahr synchronisiert werden. So kann eine tragfähige Brücke auch für Betriebe geschlagen werden, um eine schwierige Zeit zu überbrücken. Hieran können dann auch auf der EQ basierende tarifvertraglich vereinbarte Berufseinstiegsangebote anknüpfen.

6. Die Struktur des Industrielands Baden-Württemberg bei ausbildungssichernden Maßnahmen berücksichtigen

Um einem drastischen Rückgang an Ausbildungsplätzen frühzeitig wirksam entgegenzuwirken, muss der Maßnahmenplan der Task Force Berufsausbildung im Rahmen des baden-württembergischen Ausbildungsbündnisses zügig umgesetzt werden.

Die M+E-Industrie gehört zu den großen Ausbildungsbranchen. KMU, großer Mittelstand und Konzerne tragen dazu ihren Teil bei. Maßnahmen, die den Ausbildungsmarkt stabilisieren und Ausbildungsbetriebe unterstützen sollen, müssen dem Rechnung tragen und dürfen nicht auf bestimmte Unternehmensgrößen oder einzelne Branchen beschränkt werden. Soweit Bundesprogramme den Bedürfnissen des Industrielands Baden-Württemberg nicht ausreichend nachkommen, sollte das Land mit entsprechenden Maßnahmen aktiv werden.

7. MINT-Sofortprogramm für Hochschulabsolventen erneuern

Der Arbeitsmarkt für Hochschulabsolventen ist aktuell stark eingeschränkt aufnahmefähig. In den MINT-Berufen zeigen sich deutliche Bremsspuren – so ist die MINT-Lücke laut MINT-Frühjahrsreport 2020 innerhalb eines Jahres so stark geschrumpft wie noch nie seit Beginn der Aufzeichnungen.

Mittel- und langfristig ist jedoch abzusehen, dass sich die MINT-Fachkräftesituation weiter verschärfen wird. Deshalb sollte Baden-Württemberg in der Ausnahmesituation der Krise das bereits 2009 sehr erfolgreich durchgeführte MINT-Sofortprogramm wieder aufsetzen. Dabei können sich MINT-Absolventen ein Jahr in wissenschaftlichen Hochschulprojekten und in Kooperation mit Unternehmen weiter qualifizieren und Berufserfahrung sammeln.

Das würde jungen Hochschulabsolventinnen und -absolventen der Fächer Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik, die aktuell vom Arbeitsmarkt nicht aufgenommen werden können, eine Perspektive eröffnen, MINT-Fachkräfte im Land halten und den Technologietransfer an den Hochschulen stärken.

8. Prämienprogramm für die Übernahme von dual Studierenden aus Insolvenzbetrieben einrichten

Eine etwaige Insolvenz eines Dualen Partners darf nicht dazu führen, dass ein erfolgreicher Studienabschluss eines dual Studierenden gefährdet wird. Hier muss die Landespolitik Vorkehrungen treffen.

Die ins Landeshochschulgesetz neu aufgenommene Möglichkeit, im Fall außergewöhnlicher Umstände, die außerhalb des Einflussbereiches der Ausbildungsstätte oder der/des Studierenden liegen, die Exmatrikulationsfrist auf bis zu sechs Monate zu verlängern, ist zu begrüßen.

Neben diesem erweiterten Zeitfenster, einen neuen Dualen Partner zu finden, der die Ausbildung und den Studienvertrag des dual Studierenden übernimmt, sollte die Landesregierung diesen Dualen Partner mit einer Prämie dafür unterstützen, dass er diese zusätzliche Ausbildungskapazität bereitstellt.

9. Lücken in der Förderung bedarfsgerechter Weiterbildung und Qualifizierung schließen

Mit Blick auf die Transformationsprozesse in der Industrie gilt es, auf Landesebene weitere Akzente zu setzen, um spezifische Qualifizierungsangebote und Bildungsinnovationen zu entwickeln. So könnte mit einem eigenen Förderprogramm zur Qualifizierung während Kurzarbeit, das die BA-Programme sinnvoll ergänzt, die aktuelle Situation optimal zum Kompetenzaufbau genutzt werden.

Einen weiteren Ansatzpunkt wäre, Personaler und Fachvorgesetzte in KMU in der Personal- und Organisationsentwicklung stärker zu unterstützen.

10. Regionale Beschäftigungs- und Qualifizierungsplattformen etablieren

In der Transformation der Industrie wird es Unternehmen geben, die aufgrund struktureller Änderungen oder auch konjunktureller Einflüsse nicht allen Beschäftigten eine Perspektive bieten können. Gleichzeitig werden wiederum andere Unternehmen der Branche Fachkräfte händeringend suchen. Diesem Phänomen kann erfolgreich begegnet werden, indem regionale Beschäftigungs- und Qualifizierungsplattformen geschaffen werden.

Beschäftigte können so branchenintern vermittelt, es können ihnen Beschäftigungsperspektiven gegeben werden – wobei die Qualifizierungsanforderungen im aufnehmenden Unternehmen berücksichtigt werden. Gleichzeitig schafft das den Nährboden für zielgerichtete, branchenspezifische und bedarfsorientierte Qualifizierungsmaßnahmen.

11. Potential der Digitalisierung von Verwaltungsprozessen bei der Fachkräfteeinwanderung besser nutzen

Im März 2020 ist das Fachkräfteeinwanderungsgesetz in Kraft getreten. Baden-Württemberg sollte die sich dadurch ergebenden erweiterten Möglichkeiten bei der dringend notwendigen Fachkräftezuwanderung bestmöglich nutzen.

Eine Schlüsselstellung kommt dabei einem effizienten und serviceorientierten Verwaltungsvollzug und einer auskömmlichen Ressourcenausstattung der Ausländerbehörden zu. Dringend notwendig ist es, zügig einen qualitätsgesicherten und standardisierten Prozess der Fachkräfteeinwanderung in Baden-Württemberg zu entwickeln. Ein besonderes Augenmerk ist dabei darauf zu legen, die Verwaltungsleistungen möglichst digitale und medienbruchfrei auszugestalten.

Die politische Diskussion, inwieweit eine Zentrale Ausländerbehörde (ZAB) auch in Baden-Württemberg sinnvoll wäre, bleibt hierbei weiter auf der Tagesordnung.

Die Optimierung der Verwaltungsprozesse sollte ergänzt werden von einer klaren Landesstrategie zur Fachkräfteanwerbung. Bei deren Entwicklung können die Erfahrungen aus dem punktebasierten Modellprojekt für ausländische Fachkräfte (PuMa), dem Stipendienprogramm der BW-Stiftung und der Welcome Center berücksichtigt werden.

Stuttgart, 20.07.2020